

NEBS-Pressediens Service de presse du NOMES



NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ NOUVEAU MOUVEMENT EUROPÉEN SUISSE
NUOVO MOVIMENTO EUROPEO SVIZZERA

No. 1, März/mars 2000

Turbo

HILMAR GERNET, SEINES ZEICHENS Generalsekretär der Christdemokraten, stellt sich wie ein Mann vor seine österreichischen Parteifreunde. In der Arena von SF DRS wettete er gegen die «Einmischung» der EU in Wien und orakelte zur Frage der Auswirkungen auf die Schweiz kühn: «In den nächsten fünf bis zehn Jahren ist eine Europadiskussion kein Thema». Was nicht nur beim aufmerksamen Politbeobachter Augenreiben provozierte, sondern auch bei gewichtigen Mitgliedern der CVP-Fraktion, welche an den Europakongress der CVP vom April 98 in Basel erinnerten. Sogar der eigene Bundesrat desavouierte seinen Parteisekretär in der Frage des Diskussions- und Denkmoratoriums in der Sonntagszeitung: «Es ist undenkbar, dass ein Land aufhört zu denken». Voilà! Nur Parteipräsident Durrer stellte sich in der Weltwoche hinter seinen Angestellten: Eine Tugend, von der man in der SP nur träumen dürfte.

GSoAUNS

Was ist das? Ein Swisscoy-Soldat eilt im Kosovo humanitär mit ein paar Wolldecken über den Bildschirm – ein Österreicher huscht imperialistisch hinterher und beschützt ihn mit der Waffe. Antwort: Eine falsche Neutralitätsdiskussion. Die strammen Heimatschützer von rechts sehen die schweizerische Neutralität verletzt, weil sich die Ogi-Boys in «fremde Dienste» begeben, die Armeekritiker von links stören sich daran, dass überhaupt einer die Waffe dabei hat. Beides zu kurz gegriffen, lautet eine differenzierte Antwort aus der Perspektive der europäischen Sicherheitskooperation.

von Cornelia Lüthy, NEBS-Vizepräsidentin

DASS DIE AUNS DAS REFERENDUM gegen die Vorlage aus dem Departement Ogi ergreifen würde, wonach Schweizer Soldaten, die an friedenssichernden Einsätzen im Ausland teilnehmen, zu ihrem persönlichen Schutz bewaffnet werden, erstaunt wenig. Die Schweizer Armee der AUNS steht an der Grenze und wartet hier auf die Flüchtlinge. Das Argument, dass unsere Europäischen Nachbarn, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mit denen wir unsere Wertvorstellungen von Demokratie, Rechtsstaat und Schutz der Menschenrechte teilen, einen europäischen Stabilitäts- und Friedensraum geschaffen haben, von dem wir seit Jahren profitieren und zu dem wir vernichtend wenig beitragen, verfehlt auf dieser Seite nicht. Sie empört sich höchstens darüber, dass die Europäer uns nicht

ein paar mehr Flüchtlinge abnehmen, im Sinne der gesamteuropäischen Lastenteilung und der internationalen Solidarität.

Dass nun auch die Vollversammlung der GsoA diesen Monat das Referendum gegen die Vorlage beschlossen hat – unter dem Motto «Solidarität statt Soldaten», ist dagegen schwer nachvollziehbar. Proeuropäisch Gesinnte stellen verblüfft fest, dass hier einmal mehr der linke Flügel dem Rechtsausen den Ball auf den Fuss spielt. Wer hinterher das Tor schießt, ist ja wohl klar...

In Europa, und besonders in der Bundesrepublik Deutschland wurde in den letzten Monaten eine engagierte Debatte über Sinn und Unsinn von militärischen Friedenseinsätzen im Ausland geführt. Der deutsche

Der NEBS-Pressediens erscheint alle zwei Monate.
Le service de presse du NOMES paraît tous les deux mois.

Neue Europäische Bewegung Schweiz / Nouveau mouvement européen Suisse
Beaulieustrasse 78, Postfach / CP 49, 3000 Bern 26
Tel. 031/302 35 36 – Fax 031/302 82
E-Mail: europa@europa.ch
Homepage: www.europa.ch

Aussenminister Fischer, einerseits altgedienter Friedensaktivist und andererseits EU-Ratsvorsitzender während der Kosovo-Krise, verkörperte die Debatte in eindrücklicher Weise. Schade, dass die Schweiz auch an dieser Debatte nicht teilgenommen hat. Sonst wäre vielleicht der feine Unterschied zwischen friedenserhaltenden und **friedenserzwingenden** Massnahmen hängengeblieben. Zu letzteren gehörte der Kosovo-Einsatz; ohne Zustimmung der Konfliktparteien und ohne UNO- bzw. OSZE-Mandat war er meines Erachtens zu Recht umstritten. An solchen Einsätzen sollen Schweizer Soldaten aber nach Ansicht des Bundesrates auch in Zukunft gerade nicht teilnehmen. Es geht um die sogenannten «Petersberger Aufgaben», nämlich Katastrophenhilfe, humanitäre Operationen und friedenssichernde

Massnahmen, welche durch ein Mandat der Vereinten Nationen oder der OSZE gedeckt sind.

Die OSZE ist eine zivile Organisation. Seit den 70er Jahren hat sie dazu beigetragen, die Gräben zwischen Ost- und West zu schliessen. Sie hat es wie keine andere Organisation verstanden, die Anliegen der Menschenrechtsaktivisten, der Wirtschafts- und der Sicherheitsexperten in ihren «drei Körben» miteinander zu verbinden. Sie war nicht zuletzt deshalb auch immer wieder Kristallisationspunkt der Friedensbewegung. Die Haltung der GsoA, sich gegenüber einem Engagement von Schweizer Soldaten für dieses Friedensprojekt als einzige Hüter der Solidarität aufzuschwingen, befremdet nicht zuletzt deshalb.

bis ganz rechts gingen auf Distanz zur EU. Der umtriebige CVP-Generalsekretär brachte es sogar fertig, die Parteilinie im Alleingang zu modifizieren.

Eine ungeheuerliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates sei das, tönte es allenthalben. Ein Affront gegen die Volkssouveränität (27% der Österreicher wählten die FPÖ). Nationalrat Blocher setzte wie üblich noch einen drauf: der EU-Boycott stelle die Vorstufe zu einer Kriegserklärung dar. Er meinte es nicht im übertragenen Sinn. Kurz: Die Schweizer Politszene überbot sich in Sachen Entrüstung. Dabei entging ihnen, dass sie Zeugen der Geburt einer europäischen Innenpolitik waren.

Denn die EU ist nicht die EWG von 1957. Sie ist eine konföderale Wirtschafts- und Politikunion, eine Vorstufe zu einem Bundesstaat. Gegenseitige Normenkontrolle gehört dazu. Halt so, wie sich die Kantone seit 1848 pausenlos gegenseitig in ihre inneren Angelegenheiten einmischen.

Nur die Schweizer haben dies noch nicht kapiert. Denn die helvetische Politik ist noch nicht im 21. Jahrhundert der internationalen Beziehungen angekommen. Das Dogma der Nichteinmischung stammt aus der Mottenkiste der diplomatischen Gepflogenheiten. Nur Staaten wie Russland, China oder Jugoslawien berufen sich noch auf diesen Glaubenssatz aus der Zeit der Dekolonialisierung. In der globalisierten Welt der transnationalen Firmen, der internationalen Gerichtsbarkeit, kurz, im Global Village ist das Prinzip der Nichteinmischung höchstens noch ein Papiertiger. Dies gilt umso mehr in der konföderalen Europäischen Union.

Doch die AUNS-Ayatollahs und ihre basisökokratischen Mullah-Kollegen haben es sich offenbar vorgenommen, nach der Neutralität nun auch die «Nichteinmischung» zum unantastbaren Glaubenssatz ihrer virtuellen Schweizer Aussenpolitik zu erheben. Solches

Verhaidert

«Plus jamais ça!» sagten sich 14 EU-Länder und verhängten eine politische Quarantäne über Österreich. Europa applaudierte. Ganz Europa? Nein, denn ein unbeugsames, unabhängiges und neutrales Bergvolk bleibt der Diplomatie der 1950er Jahre verhaftet: Neutralität und Nichteinmischung im Global Village.

von Gabriel Spaeti, NEBS-Medienkommission

DA RIEBEN SICH ALLE DIE AUGEN: vierzehn EU-Regierungen schnürten in seltener Eintracht ein Sanktionspäcklein gegen das jüngste Mitglied im Verein der Schurkenstaaten. Die portugiesische Ratspräsidentschaft veröffentlichte eine Erklärung von kaum gekannter Schärfe gegenüber einem befreundeten Staat.

All dies sollte dem Mann mit dem Mascherl in Wien davon abhalten, eine Koalition mit dem «Rechtspopulisten» einzugehen, den man in der nichtgermanischen Ferne als gefährlichen Rechtsextremisten, ja als verkappten Neonazi, identifiziert hatte. Ohne Erfolg, Schüssels Machthunger obsiegte.

Nun kann man ja von der Feuerlösch-Aktion der 14 halten,

was man will. Innenpolitische Motive mögen bei Belgiern und Franzosen eine gewichtige Rolle gespielt haben. Vielleicht ist es auch überrissen, den jovialen Jörg mit einem Faschisten wie Le Pen gleichzusetzen. Dennoch: mit Ausnahme des rabiaten bayerischen Ministerpräsidenten applaudierte man von Helsinki bis Lissabon, von Dublin bis Athen. Endlich, so der Tenor, haben die europäischen Regierenden begriffen, dass es mit Rechtsextremismus und Intoleranz kein Paktieren geben darf.

Nur in der (deutschen) Schweiz ist alles ganz anders: die NZZ witterte in bester Kalter-Krieger-Manier einen Komplott der sozialistischen Internationalen, um die ÖVP für die Abhalfterung der Donau-Genossen abzustrafen. Politiker von Mitte-links

Wunschdenken aus einer Zeit, in der finstere Grossmächte Allianzen schmiedeten und nonchalant Kabinettskriege anzettelten, ist geradezu rührend.

Damit wir uns nicht missverstehen: das Prinzip der Souveränität der einzelnen Staaten steht nicht zur Diskussion. So wie in der schweizerischen Konföderation die Kantone souverän in ihren inneren Angelegenheiten sind, soll es auch in der Europäischen Union sein. Doch dies heisst nicht, dass es 14 EU-«Kantone» egal sein kann, wenn eine rechtsradikale Partei in einem der Mitgliedsländer an die Macht kommt. Was würden wohl die 25 übrigen Kantone tun, wenn Appenzell Innerrhoden das Frauenstimmrecht wieder abschaffen wollte? Mit den Achseln

zucken, unter Hinweis auf die Kantonsautonomie?

Wie gesagt, man kann darüber streiten, ob die FPÖ-Regierungsbeteiligung in Österreich tatsächlich eine Gefahr für die demokratischen Grundwerte der EU darstellt. Sicher ist auch diskutabel, ob die symbolische Ausgrenzung eines ganzen Landes ein valables Mittel zur Sicherung ebendieser Grundwerte darstellt. Eins aber ist klar: spätestens seit der Debatte rund um die Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg sollte es auch uns klar sein, dass es eine nationenübergreifende Zivilgesellschaft gibt, die sich auch durch die Errichtung eines neuen Dogmas der Nichteinmischung nicht mundtot machen lässt.

Demokratie, Menschenrechte oder der Rechtsstaat gefährdet sind. Dies könnte z. B. durch eine repressive Einwanderungspolitik begründet sein.

— Österreich ist mit dem EU-Beitritt zu einer Familie gestossen, welche seit ihrer Gründung 1951 die obigen Werte als obligatorische «Hausordnung» anerkennt und sie im Bedarfsfalle auch verteidigt.

— Jörg Haider's Politik ist klar rassistisch und ausgrenzend, er diffamiert die Politik anderer EU-Mitgliedstaaten (Frankreich, Belgien) und propagiert die Überlegenheit der (deutsch)-österreichischen Nation über andere. Er ist weder Neo-Nazi, Antisemit noch Holocaust-Leugner. Aber er hat die KZ «Straflager» genannt. Er hat Hitlers Beschäftigungspolitik gelobt. Er hat der Waffen-SS gehuldigt. Seine Hasstiraden sind Legende. Er tut dies ganz bewusst, das waren keine Versprecher. Kein Wunder hat er nun das «Problem», dass ein nicht unbedeutender Teil seiner Wählerschaft aus alten und neuen Nazis besteht.

Aha, die EU ist eine Wertegemeinschaft?

In den Personen der Referendumsführer gegen die bilateralen Verträge sind jetzt die furchtbaren Vereinfacher wieder aufgetaucht. Da wird wild durcheinander gewirbelt: bilaterale Verträge und EU-Beitritt in den selben Topf, Lastwagenlawinen und Gastarbeiter, Demokratiedefizit und Bauernsterben bilden das Gebräu, das sie uns präsentieren. Und weils gerade so wunderbar passt, gibt man das österreichische Exempel als weitere Zutat in den unappetitlichen Mix.

von Lukas Gresch-Brunner, NEBS-Generalsekretär

DIE BILATERALEN VERTRÄGE SIND Wirtschaftsverträge und bringen der schweizerischen Volkswirtschaft ein wesentliches Wachstum, sie ermöglichen uns Arbeit und Studium im EWR-Ausland sowie die Eröffnung neuer Märkte für unsere Unternehmen und die Landwirtschaft. Wir Proeuropäerinnen und Proeuropäer können diesen Verträgen zustimmen, weil sie für uns die Beseitigung wesentlicher Hindernisse auf dem Weg zum Beitritt bedeuten, Gegner eines EU-Beitritts können ebenfalls JA sagen, weil die politische Integration in den bilateralen Verträgen kein Thema ist. Zur Erinnerung: es waren die damaligen EWR-Gegner, die 1992 die bilateralen Verhandlungen als Königsweg propagierten. Fünf Jahre lang wurde verhandelt, und die Schweiz hat die bestmöglichen

Verträge unterzeichnet. Mehr war nicht drin, auch wenn die Herren Blocher und Schluer persönlich am Verhandlungstisch gesessen hätten.

Und trotzdem wollen uns die Gegner der Verträge mit dem Beispiel Österreich suggerieren, die EU «mische» sich in die inneren Angelegenheiten der «kleinen» Mitgliedstaaten ein; ja bei einer Zustimmung zu den bilateralen Verträgen drohe uns dasselbe. Wenn man einen Moment innehält und sich überlegt, was zwischen der EU und Österreich genau passiert, kommt man zu folgenden Schlüssen:

— Die europäische Kommission als «Hüterin der EU-Verträge» beobachtet die Situation in Österreich genau, wird aber erst eingreifen, falls europäische Grundwerte wie Freiheit,

Erfreulich an der ganzen Geschichte ist, dass die Schweizerinnen und Schweizer langsam merken, dass die EU nicht einfach ein grosser Markt, sondern eine Wertegemeinschaft ist. Sieht sie diese Werte auf dem Kontinent bedroht, hat sie die Pflicht, einzugreifen.

Offenbar haben die Herren Bignasca, Keller, Maspoli und die düsteren Gestalten in ihrem Schlepptau die Befürchtung, die EU könnte eines Tages auch ihre xenophobe Politik entlarven und sie dafür an den Pranger stellen! Wer kein schlechtes Gewissen hat, muss auch die Tätigkeit der EU nicht fürchten.

Deshalb gilt es am 21. Mai ein deutliches Ja in die Urne zu legen. Es sei denn, man wolle die Schweiz in eine alpenländische Kreuzung aus Cayman Islands und Campione verwandeln.

Euroflash

STAATSMÄNNER UND AUSLÄNDISCHE Politiker geben sich in letzter Zeit in der Schweiz die Klinke in die Hand. So wollte Oskar Lafontaine in Bern und unterhielt die Kunden der Credit Suisse mit seinen Ausführungen über die Zinsbesteuerung in der EU. Gegenüber der Berner Zeitung sagte er klar und deutlich: «Ich meine, dass sich die Schweiz schrittweise in den europäischen Entscheidungsprozess und damit in die EU integrieren muss, denn es ist nicht gut, wenn ein Land nicht an Entscheidungen beteiligt ist, die auch für dieses Land wichtig sind.» Gegenteiliger Meinung ist Michail Gorbatschow, der in Luzern vor den Kunden einer Möbelfabrik!!!! auftrat. Er warnte die Schweiz vor einem Beitritt, da man sowieso von den Amerikanern erdrückt würde. Edmund Stoiber schliesslich fände es ausserordentlich wichtig, dass die Schweiz der EU beitrete, weil sie ihn dann im Kampf für das

Subsidiaritätsprinzip unterstützen könnte.

DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT KOMMT auf Touren: 1999 verzeichneten Volkswirtschaften im Euro-Raum ein BIP-Wachstum von 2,5% (Frankreich) oder 1,5% (Deutschland), die Schweiz kam auf 1.1%. Für das Jahr 2000 prognostiziert die Credit Suisse den Franzosen ein Wachstum von 3%, den Deutschen von 2,6% und der Schweiz von 2,1%. Zusammen mit der zu erwartenden Abschwächung der amerikanischen Wirtschaft, der guten Konsumentenstimmung und der vollen Auftragsbücher in Europa wird dazumal auch der Euro-Aussenwert wieder anziehen.

TROTZ ALLEN UNKENRUFEN IST DIE Initiative für den Beitritt der Schweiz zur UNO doch noch

zustandegekommen. Gemäss Initiativkomitee sollen die über 100'000 beglaubigten Unterschriften am 6. März der Bundeskanzlei übergeben werden.

Damit findet die bewegte Geschichte dieser Initiative nach etlichem Hin und Her doch noch ein glückliches Ende. Das hauptsächlich von bürgerlichen Kreisen getragene Volksbegehren schien nämlich von Anfang an unter einem ungünstigen Stern zu stehen: kaum ein bekannter Politiker wollte sich für die Unterschriftensammlung engagieren, da das Anliegen zu «banal» erschien.

Dank einem Kraftakt in letzter Minute konnten die fehlenden Unterschriften doch noch beschafft werden. Nicht zuletzt dank dem Einsatz der NEBS-Mitglieder, die sich nicht scheuten, sich einen Samstagvormittag lang beim Unterschriftensammeln «einen abzufrieren».

Agenda

14. März 2000 **Bern**
Sternstunde mit NR **Ursula Koch**, Präsidentin SPS
Restaurant Du Théâtre, 1. Stock, Theaterplatz 7 /
Hotelgasse 10
Beginn: 19.00 Uhr

15 mars 2000 **Genève**
Politique de communication: Les non-dits du rapport, questions identitaires, cohérence historique, analyse du discours
Séance de discussion à l'institut européen de l'Université de Genève
2, rue Jean-Daniel Colladon, 18h15

18. März 2000 **Bern**
5. Nationale Europakonferenz zu den bilateralen Verträgen
Referat von Bundesrat **Joseph Deiss** und anschliessende Fragerunde
Podiumsgespräch mit den Nationalräten **François Lachat** (CVP/JU), **Flavio Maspoli** (Lega/TI) und **Anne-Catherine Menétrey Savary** (Grüne/VD) sowie **Paul Ruppen**, Sekretär des Forums für direkte Demokratie, Bern
10.30 - 12.30 Uhr, Casino Bern

18 mars 2000 **Berne**
5èmes Etats généraux pour l'Europe au sujet des accords bilatéraux
Discours-débat de Monsieur le CF **Joseph Deiss**
Table ronde avec les CN **François Lachat** (PDC/JU),

Flavio Maspoli (Lega/TI) et **Anne-Catherine Menétrey Savary** (Verts/VD) ainsi que **Paul Ruppen**, secrétaire du Forum de la démocratie directe, Berne
10.30 - 12.30 heures, Casino Berne

27. / 28. März 2000 **Luzern**
Europa Forum Luzern: Sicherheitspolitik in Europa
Informationstagung mit
Adolf Ogi, Departementsvorsteher VBS
Klaus Naumann, Nato-General a.D.
Helmut O. Maucher, Verwaltungsratspräsident der Nestlé
David Sytz, Staatssekretär u.a.
im Kultur- und Kongresszentrum Luzern
Infos: Tel. 041 340 79 21 oder
www.europa-forum-luzern.ch

31. März 2000 **Bern**
Mitgliederversammlung der Sektion Bern
mit Diskussion über die bilateralen Verträge
20.00 Uhr, Restaurant Schmiedstube, Zeughausgasse

3 mai 2000 **Lausanne**
Assemblée générale de la section vaudoise

8. Juni 2000 **Luzern**
Generalversammlung der Sektion Zentralschweiz mit Referat von PD Dr. Stefan Kux, Lehrbeauftragter und Europadelegierter ZH
18 Uhr, Hotel Schweizerhof